

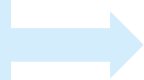
Verantwortung von Unternehmern und Führungskräften



ID 034910

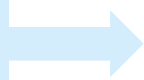
Verantwortung und Verantwortlichkeit im Arbeitsschutz

Verantwortung



= Pflicht zum Tätigwerden
mit dem Ziel Arbeitsschutz

Verantwortlichkeit



= Rechtsfolgen, wenn
falsch / nicht gehandelt wird

- Geldstrafe, Freiheitsstrafe
- Geldbuße
- Schadensersatz, Regress
- Abmahnung, Versetzung, Entlassung

ID 008309

Elemente der Verantwortung

- **A**uswahlpflicht
Der richtige MA am richtigen Ort
- **O**rganisationspflicht
Dafür sorgen, dass nichts passiert
- **K**ontroll-/Aufsichtspflicht
Konsequent sein (disziplinieren)



Quelle: ©Anatoly Maslennikov - Fotolia.com

ID 031296

Aufgabenbereich – Verantwortung

Zum Aufgabenbereich eines Vorgesetzten – mit oder ohne schriftliche Pflichtenübertragung – gehören insbesondere

- Auswahl geeigneter Mitarbeiter
- regelmäßige tätigkeitsbezogene Unterweisung/Einweisung (Gegenzeichnung der Mitarbeiter)
Basis: Gefährdungsbeurteilung nach ArbSchG und BetrSichV
- Kontrolle der Umsetzung von Unterweisungsinhalten mit Konsequenzen
- rechtzeitige Information an den nächsten Vorgesetzten, wenn die eigene Handlungskompetenz ausgeschöpft ist

ID 008091



Pflichten der Beschäftigten

- Sorge für ihre Sicherheit und Gesundheit zu tragen
- Sorge für die Sicherheit und Gesundheit derjenigen zu tragen, die von ihren Handlungen oder Unterlassungen betroffen sind
- Maßnahmen zur Sicherheit und Gesundheit zu unterstützen
- Anweisungen des Unternehmers zu befolgen, soweit sie nicht erkennbar gegen Sicherheit und Gesundheit gerichtet sind
- Meldung aller von ihm erkannten Gefährdungen
- Einrichtungen, Arbeitsmittel, Arbeitsstoffe sowie Schutzeinrichtungen bestimmungsgemäß benutzen

ID 008221



Arbeitsschutzgesetz § 13 Verantwortliche Personen

(1) Verantwortlich für die Erfüllung der sich aus diesem Abschnitt ergebenden Pflichten sind neben dem Arbeitgeber

1. sein gesetzlicher Vertreter,
2. das vertretungsberechtigte Organ einer juristischen Person,
3. der vertretungsberechtigte Gesellschafter einer Personenhandelsgesellschaft,
4. Personen, die mit der Leitung eines Unternehmens oder eines Betriebes beauftragt sind, im Rahmen der ihnen übertragenen Aufgaben und Befugnisse,
5. sonstige nach Absatz 2 oder nach einer auf Grund dieses Gesetzes erlassenen Rechtsverordnung oder nach einer Unfallverhütungsvorschrift verpflichtete Personen im Rahmen ihrer Aufgaben und Befugnisse.

(2) Der Arbeitgeber kann zuverlässige und fachkundige Personen schriftlich damit beauftragen, ihm obliegende Aufgaben nach diesem Gesetz in eigener Verantwortung wahrzunehmen.

ID 008165

Bestätigung der Übertragung von Unternehmerpflichten

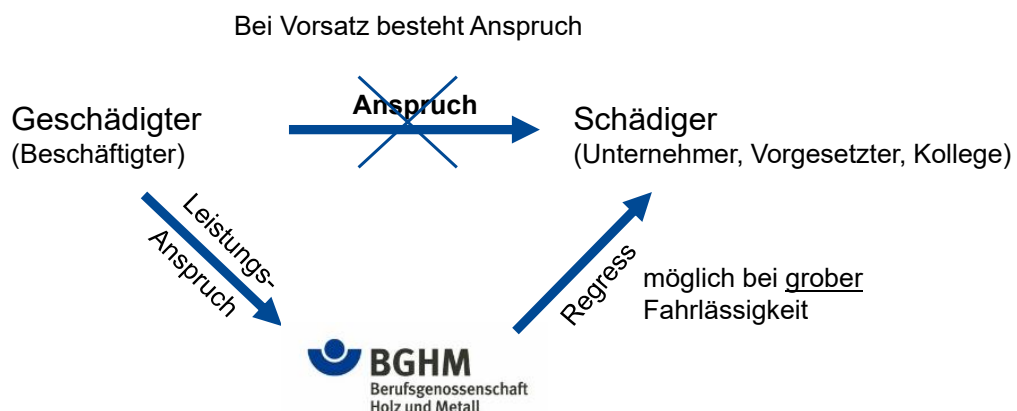
Herrn/Frau: _____
werden für den Betrieb/die Abteilung: _____
des Unternehmens: _____
(Name und Anschrift des Unternehmens)

die dem Unternehmer hinsichtlich der Verhütung von Arbeitsunfällen, Berufskrankheiten und arbeitsbedingten Gesundheitsgefahren obliegenden Pflichten übertragen, in eigener Verantwortung

- die Aufgabenerledigung zu kontrollieren*)
- die Gefährdungsbeurteilung durchzuführen*)
- die Unterweisungen durchzuführen und zu dokumentieren*)
- mit besonderen Funktionsträgern wie Betriebsarzt und Fachkraft für Arbeitssicherheit zusammenzuarbeiten*)
- den Arbeitsschutz zu kommunizieren*)
- die arbeitsmedizinische Vorsorge zu organisieren*)
- Sicherheit und Gesundheitsschutz bei Planung und Beschaffung zu berücksichtigen*)
- Fremdfirmen einzubinden und zu informieren*)
- zeitlich befristet Beschäftigte zu integrieren*)
- Notfallmaßnahmen/Erste Hilfe zu organisieren*)

ID 001934a

Haftung von Unternehmern u. anderen Betriebsangehörigen



ID 034591a

Verschulden (§ 276 BGB)

Fahrlässigkeit	Außerachtlassen der im Verkehr erforderlichen Sorgfalt (unbewusst oder bewusst), Verletzung der Sorgfaltspflichten.
Grobe Fahrlässigkeit	Außerachtlassen der im Verkehr erforderlichen Sorgfalt in schwerem Maße und leichtfertiges Handeln, Nichtbeachtung einfacher, naheliegender und elementarer Regeln, Verletzung elementarer (besonders wichtiger) Sorgfaltspflichten.
Vorsatz Bedingter Vorsatz	Zumindest billigend in Kauf nehmen, dass durch ein Handeln ein bestimmtes Ereignis eintritt.
Direkter Vorsatz (Absicht)	Zielgerichtetes Wollen und Handeln in Bezug auf ein Ereignis

ID 008043

Mögliche Rechtsfolgen

	Bußgeld	Kriminalstrafe	Regress
Rechtsgrundlage	§ 209 SGB VII UVV- Verstoß	§ 230 / § 222 StGB / StGB Verletzung / Tötung	§ 110 SGB VII Herbeiführen eines Unfalls
Verschulden	Vorsatz, Fahrlässigkeit	Fahrlässigkeit	Vorsatz, grobe Fahrlässigkeit
Rechtsfolge	Bis € 10.000,-	Geld- oder Freiheitsstrafe bis 3 Jahre / 5 Jahre	Alle Aufwendungen der BG
Verfolgende Stelle	Berufs- genossenschaft	Strafgericht	Berufs- genossenschaft

ID 032572a